

Konsequenzen aus dem Wissen ziehen

Dass man mehr für den Umweltschutz tun müsste, sei bekannt, erklärt Andrea Matt, Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz, im Interview. Nun müssten den Worten auch Taten folgen.

Mit Andrea Matt sprach Richard Brunhart

Frau Matt, seit rund vier Monaten sind Sie Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz, kurz LGU. Wie haben Sie sich in diese neue Aufgabe eingelebt?

Andrea Matt: Das Schönste ist, dass mir immer wieder Menschen sagen, jetzt ist die richtige Frau am richtigen Ort. Ich durfte die letzten Monate spüren, dass es eine Arbeit ist, die mir Freude bereitet, bei der ich dieses Wissen, das ich mir in den vergangenen Jahren erarbeitet habe, einbringen kann und bei der ich das Gefühl habe, in diesem Land nochmals etwas bewegen zu können. Damit ist es eine Aufgabe, die ich gerne und mit Freude angehe.

Was ist für Sie daran besonders spannend oder herausfordernd?

Umwelt wird bei uns im Land als etwas angesehen, das man einfach kostenlos nutzen kann. Aus meiner Sicht ist Umwelt aber eher ein Partner. Alles, was ich mit der Umwelt mache, kommt von der Umwelt auf mich zurück – beispielsweise über die Luft, die meine Gesundheit beeinflusst. Wir sollten einen respektvollen Umgang mit der Natur pflegen und achtsam mit ihr umgehen. Ich möchte einen Schwerpunkt darauf legen, dass sich unser Umgang mit der Natur verändert.

Wie steht es denn derzeit um die Umweltschutzpolitik in Liechtenstein?

Nicht gut. Klipp und klar nicht gut. Bei uns im Land erkennt man zwar langsam aber sicher, dass wir unser Verhalten im Bereich Umwelt ändern müssen. Man sieht also den Handlungsbedarf. Das ist das Positive. Aber man ist noch nicht bereit, tatsächlich etwas zu tun. Es reicht nicht, nur zu erkennen, dass die Axt am Baum ist, wir müssen auch anders handeln. Und zwar jetzt. Dieser wichtige Schritt steht dem Land bevor.

«Man sieht den Handlungsbedarf»

Woran zeigt sich konkret, dass das Wissen da ist, aber man trotzdem nicht handelt?

Zum Beispiel beim Entscheid der Regierung zur Restwassermenge in der Samina. Darüber wurde vergangenes Jahr heftig gestritten. Die Regierung anerkannte in ihrer Entscheidung, dass die von den Organisationen gewünschten Mindestrestwassermengen für die Samina erforderlich sind, hat aber aus wirtschaftlichen Interessen dieses Existenzminimum deutlich unterschritten. Die Regierung hat zwar den Handlungsbedarf gesehen aber trotzdem – wegen des Geldes – anders gehandelt.

In welchen Bereichen neben Wasser bestehen die grössten Defizite?

Grosse Defizite bestehen bei der Klimapolitik und der Luftverschmutzung. Wie gut oder schlecht die Luft ist, lässt sich über Flechten herausfinden. Der Zustand der Flechten hat sich in den letzten 20 Jahren dramatisch verschlechtert. Die in der Umweltstatistik veröffentlichten Karten zeigen eindrücklich, wie stark die Luft im Tal belastet ist. Das könnte mit den Abgasen aus dem Verkehr zusammenhängen. Niemand würde Autoabgase

zu sich ins Haus leiten, weil alle wissen, dass sie giftig sind. Aber jeder fährt mit dem Auto herum und entlässt diese giftigen Abgase in die Luft. Dann wundern wir uns, weshalb die Luft schlecht ist und warum immer mehr Kinder und ältere Menschen husten. Jeder weiss, dass Autofahren die Luft belastet und damit allen schadet. Trotzdem machen wir es tagtäglich.

Bezüglich des zweiten Defizits, der Klimapolitik, ging vor Kurzem die UNO-Klimakonferenz in Durban zu Ende. Wie beurteilen Sie das Ergebnis?

Mich freut die Einigkeit im Klimaschutz. Alle Staaten der Welt sehen, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht wird und dass alle handeln müssen. Aber ich habe Sorge, dass man mit konkreten Taten zuwartet bis 2020. Liechtenstein darf sich nicht ausruhen und sagen, wunderbar, wir haben noch Zeit, leben wir gemütlich weiter wie bisher. Wir gehören zu den Menschen, die das Klima am stärksten belasten. Uns geht es so gut, dass wir unseren Klimagasausstoss reduzieren können, ohne auf Lebensqualität verzichten zu müssen. Deshalb müssen wir sofort handeln.

«Wir haben künstliche Bedürfnisse geschaffen»

Wobei sollten die Liechtensteiner denn einsparen?

Wir haben uns eine Gesellschaft mit künstlichen Bedürfnissen aufgebaut. Wir sollten uns einmal zurücklehnen und diese überprüfen. Wie viele Dinge, wie Fernsehgeräte oder Autos, brauchen wir tatsächlich? Ist es richtig, dass ein Drittel der Lebensmittel im Müll landet? Spannend ist übrigens, dass praktisch alle Energiespartipps den Geldbeutel schonen und viele auch noch die Gesundheit verbessern. Beispielsweise ist jeder zweite Weg, den wir in Liechtenstein zurücklegen, problemlos mit einem Fahrrad oder bequem mit einem Elektrobike zu bewältigen. Ab und zu Rad fahren oder zu Fuss gehen tut den Menschen gut. Sie leben gesünder und länger, sind seelisch ausgeglichener. Allein das müsste motivieren. Es gibt viele Energiesparmöglichkeiten, die nicht weh-, sondern guttun. Wir müssen sie nur erkennen und ausprobieren.

Reicht die Erkenntnis, dass man handeln muss? Ist der Leidensdruck gross genug, dass die Menschen auch tatsächlich handeln?

Das ist das eigentliche Problem. Aber gerade wir in Liechtenstein sollten wissen, dass wir nicht auf den Druck warten, sondern vorher handeln sollten. Das haben wir mit dem Finanzplatz doch wirklich erlebt. Zehn Jahre lang wusste man, dass man handeln sollte – und hat es nicht getan. Dann kam der Leidensdruck, der Druck aus dem Ausland – und jetzt hinkt man hinterher. Mit dem Klima ist es dasselbe.

«Die Regierung hat eine Chance verpasst»

Wie fällt Ihre Bilanz bezüglich Wald aus? Hat die Regierung das UNO-Jahr des Waldes genutzt?

Leider nur für Sympathiekampagnen. Das Wichtigste wurde verpasst. Die Regierung wollte Schon- und Ruhezone schaffen, durch die seltene Vogelarten sowie Wildtiere und damit auch der Wald geschützt werden wären. Denn wenn das Wild seltener aufgeschreckt wird, benötigt es weniger Energie und weniger Nahrung. Nur



Andrea Matt, Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU): «Beim Umweltschutz braucht es viele kleine Taten, um etwas bewegen zu können.» Bild: Elma Korac

dann frisst das Wild die Jungbäume nicht an, sodass sich der Wald selbst verjüngt und seine Schutzfunktion wahrnehmen kann. Es schadet dem Wald, dass wir keine Ruhezone haben.

Dafür wurde ein neues Naturschutzgebiet ausgewiesen.

Das war ein super Nikolausgeschenk. Wir freuen uns sehr darüber, dass nach 33 Jahren wieder ein Naturschutzgebiet ausgewiesen wurde. Es braucht sie. Wir werden immer mehr Menschen in Liechtenstein. Trotzdem möchte jeder mindestens so viel Platz haben wie früher, als nur halb so viele Menschen hier lebten. Man möchte gleich gross bauen und dringt immer weiter in die Natur vor. Besonders im Tal ist es wichtig, die letzten wertvollen Naturgebiete zu bewahren. Mittels Raumplanung müssen wir Bereiche schaffen, in denen Menschen sich frei entwickeln können und Bereiche, in denen die Natur geschützt wird. Dieses Thema wird uns auch in den nächsten Jahren begleiten.

Wie hat sich denn die LGU für die Anliegen der Natur in diesem Jahr eingesetzt?

Unsere Kapazitäten sind beschränkt. Deshalb haben wir uns auf das Thema Wasser, besonders auf das Projekt «Lebendiger Alpenrhein» konzentriert. Beispielsweise haben wir am MorgenLand Festival gezeigt, wie der Rhein aussehen könnte, wenn man ihm mehr Raum lassen und ihn aufweiten würde. Der Bereich Wasser ist auch aus Sicht der Regierung sehr wichtig. Das zeigt der neue Umweltkalender, der sich dem Alpenrhein widmet. Der Rhein ist für unser Land ein zentrales Element und wird uns auch im kommenden Jahr beschäftigen.

Für die LGU erfreulich ist auch, dass wieder ein Umweltthema international weit vorne steht. 2012 ist das interna-

tionale Jahr der erneuerbaren Energie für alle – ein Thema, das schon lange aktuell ist. Braucht es diese Aufmerksamkeit?

Das Thema erneuerbare Energie ist aktueller denn je. Man hat die Erneuerbaren immer im Gegensatz zu Atomkraft gesehen und entsprechend kritiklos gelobt. Man muss aber erkennen, dass erneuerbare Energien nicht einfach nur gut sind. Sie sind nur dann gut, wenn sie im Einklang mit der Umwelt produziert werden. Beispielsweise muss man einem Bach genügend Wasser lassen und darf ihm nicht alles für die Stromproduktion wegnehmen. Windkraftwerke sollten an Stellen errichtet werden, wo sie die Umwelt möglichst wenig beeinträchtigen. Erneuerbar allein reicht nicht.

«Erneuerbar allein reicht nicht»

Im englischen Original heisst das Jahr etwas anders, nämlich nicht «renewable» beziehungsweise erneuerbar, sondern «sustainable», also nachhaltig. Ist die deutsche Übersetzung misslungen? Ja, wir müssten es bei uns das Jahr der enkeltauglichen Energie nennen. Es ist eine Aufgabe der Umweltorganisationen, den Unterschied zwischen erneuerbar und nachhaltig bewusst zu machen.

Ihre Befürchtung, dass sich viele in Liechtenstein für erneuerbar produzierten Strom entscheiden, nicht aber für ökologisch produzierten, ist eingetroffen.

Die LKW hat im Prinzip nur Werbung für «LiStrom Natur» gemacht. Die Aufklärungsarbeit, dass mit dieser Stromart nicht einmal eine ökologische Minimalfunktion der Gewässer gewährleistet wird, wurde nicht gemacht. Damit ist auch die Entscheidung der Menschen beeinflusst wor-

den. «LiStrom Natur» hört sich ja gut an. Ich gehe aber davon aus, dass viele Menschen nicht wissen, dass sie damit keinen Ökostrom gekauft haben. Deshalb ist auch das Ergebnis fragwürdig. Die LKW könnten das so interpretieren, dass die Menschen Strom aus Wasserkraft wollen, der ohne Rücksicht auf die Natur produziert wird, also Rheinkraftwerke befürworten. Dem könnte ich angesichts der eingesetzten täuschenden Werbung nicht zustimmen.

Die LGU steht auch Rheinkraftwerken sehr kritisch gegenüber. Wäre es nicht möglich, Stromproduktion am Rhein mit ökologischen Anliegen zu vereinbaren?

Die Problematik ist, dass der Rhein für unser sauberes Grundwasser verantwortlich ist. Wasser – Quellwasser und Grundwasser – ist ein sehr wichtiger Naturschatz unseres Landes. Weil mit einem Rheinkraftprojekt das Grundwasser gefährdet wäre, wurde es schon einmal abgelehnt. Für eine Neuauflage müssten die LKW einwandfrei nachweisen, dass das Grundwasser sauber bleiben wird und die Haftung dafür übernehmen. Das dürfte sehr schwierig werden.

«Die LGU ist auch Umwelthanwältin»

Worin besteht das Problem genau?

Durch die Strömung wird der Kies am Grund des Rheins ständig bewegt. Sobald der Rhein gestaut wird, beginnen sich feine Sedimente abzulagern. Die kiesige Rheinsohle verschlammte und wird undurchlässig. Dann kann es aber auch kein sauberes Grundwasser mehr geben. Denn das Wasser wird gereinigt, wenn es durch die Kiesschichten fliesst.

Was erwarten Sie sich von der Regierung, wie sie dieses Jahr der erneuerbaren Energie für alle nützt?

Was ich erwarte und was ich möchte ist ein grosser Unterschied (lacht).

Ich meine erwarten im Sinne von wünschen.

Derzeit werden in diesem Schritt zwischen Erkennen und Handeln «grüne» Erklärungen abgegeben. Man bekennt sich, etwas unternehmen zu müssen, handelt aber nicht. Ich erwarte von der Regierung, dass sie unverzüglich konkret handelt, dass sie Konsequenzen aus ihren Reden zieht und dass Wahlprogramme nicht nur schöne Worte enthalten.

Planen Sie, sich selbst wieder für ein politisches Amt zur Verfügung zu stellen?

Für den Landtag werde ich nicht kandidieren. Ich konzentriere mich ganz auf die Aufgabe als LGU-Geschäftsführerin.

Haben Sie aber einen Vorschlag für einen konkreten Schritt der Regierung?

Ein konkreter und mutiger Schritt wäre, zu erkennen, dass man bezüglich Restwasser in der Samina eine Fehlentscheidung getroffen hat und diese ändert. Ein anderer, endlich den Massnahmenplan Luft und die Massnahmen zum Klimaschutz aus dem Jahr 2007 umzusetzen. Also ganz konkret die Motorfahrzeugsteuer auf eine ökologische umzustellen. Umweltschutz braucht viele kleine Taten, die ein Grosses ergeben.

Auf welche Unterstützung durch die LGU kann die Regierung zählen, vielleicht auch unbeliebte Massnahmen zu setzen?

Die LGU bietet Umweltbildung an. Damit unterstützen wir die Regierung. Die LGU ist aber auch Umwelthanwältin. Das heisst, dass wir unsere Stimme für die Umwelt erheben und Umwelthanliegen einfordern, immer wieder mahnen. Über diese Aufgabe ist die Regierung nicht erfreut. Aber sie ist für unser Land unumgänglich.